

DAS  
**PROGRESSIVE**  
ZENTRUM



STUDIE

# Mir reicht's Bürger

Analyse der Montagsdemonstrationen in  
Chemnitz und Gera im Winter 2022/23

Paulina Fröhlich, Florian Ranft und Erik Vollmann

März 2023

Bei den heutigen  
Montagsdemonstrant:innen in  
Ostdeutschland handelt es sich  
um die derzeit prominenteste  
Gruppe, die öffentlich ihren  
Unmut gegenüber den  
politischen Entscheidungen  
äußert. Die Organisator:innen  
besitzen eine beachtliche  
Mobilisierungskraft und haben  
das Potenzial, Diskursen  
ihren Stempel aufzudrücken.  
Grund genug also, genauer  
hinzuschauen.

---

# Inhalt

<b>1. Montagsdemos: Warum hinhören?</b>	<b>4</b>
<b>2. Methodik</b>	<b>6</b>
2.1. Untersuchungsorte: Chemnitz und Gera	8
2.2. Gesprächspartner:innen	10
2.3. Selbstbild der Befragten	11
<b>3. Ergebnisse</b>	<b>12</b>
3.1. Ich bin schon seit Jahren hier – Teilnahmemotivation	12
3.1.1. Corona und Demokratie – gegen das System	12
3.1.2. Krieg und Außenpolitik – Ablehnung und Russlandverständnis	14
3.1.3. Wohlstand und die nächste Generation	15
3.1.4. Zukunft heißt Wirtschaft – und die ist in Gefahr	16
3.2. Weidel und Wagenknecht als Paar für die Krise – Miss- und Zutrauen in Akteur:innen	17
<b>4. Einordnung und Empfehlungen</b>	<b>18</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>22</b>
<b>Autor:innen, Partner und Team</b>	<b>23</b>
<b>Impressum</b>	<b>23</b>

# 1. Montagsdemos: Warum hinhören?

Die Folgen des Angriffskriegs Russlands in der Ukraine sind ein in dieser Dimension unbekannter Härtestest für Demokratie und Gesellschaft. Für Deutschland ist die Lage besonders herausfordernd. Die in Folge des Krieges nun unübersehbare Energieabhängigkeit von Russland und die damit verbundenen Unsicherheiten produzierten im Frühjahr 2022 nicht nur Horrorszenarien für die deutsche Wirtschaft, sondern schürten auch Ängste vor einer Eruption sozialer Unzufriedenheit.

Eine verbreitete Prognose lautete: Aufgrund einer Inflationsrate jenseits der zehn Prozent und daraus resultierenden stark steigenden Lebenshaltungskosten wird die Sorge vor sozialem Abstieg die Wut der Menschen befeuern und sie auf die Barrikaden treiben. Deutschland stehe ein „Heißer Herbst“ bevor, so die verbreitete Annahme im Sommer vergangenen Jahres. Die Sorge trieb auch die politischen Entscheider:innen um. Nancy Faeser, SPD-Innenministerin, äußerte die Befürchtung, dass extremistische Kräfte die Krise zur Spaltung der Gesellschaft und Verbreitung von Hass nutzen könnten.<sup>1</sup> Außenministerin Annalena Baerbock sprach von möglichen „Volksaufständen“.<sup>2</sup>

Im Frühherbst 2022 lag die Inflation bei zehn Prozent, Strom- und Gaspreise waren bis zu 43,9 Prozent gestiegen, Lebensmittelpreise bis zu 18,7 Prozent.<sup>3</sup> Die umfangreichen Maßnahmen des dritten Entlastungspakets waren noch nicht bei den Bürger:innen angekommen.<sup>4</sup> Gleichzeitig gab es Anhaltspunkte dafür, dass es zu einer großen Protestwelle in Deutschland kommen könnte. In vielen Großstädten gingen die Menschen auf die Straße. Das Besondere an den Protesten war, dass in dieser Zeit an Montagen – zumindest im Osten Deutschlands – Linke und Rechte gleichermaßen ihre Anhängerschaften mobilisierten. Sowohl Linkspartei und zivilgesellschaftliche Bündnisse von Umwelt-, Finanz- und Sozialverbänden wie Gewerkschaften<sup>5</sup> als auch die Alternative für Deutschland (AfD) und rechtsextreme Gruppierungen, wie etwa die Freien Sachsen, organisierten Proteste. Was sie einte, war die Forderung nach einer besseren sozialen Abfederung für die Schlechtergestellten in der Gesellschaft. Es sei in der Zeitenwende genug Geld da, um Waffen und den Krieg zu finanzieren, aber um den sozialen Folgekosten im eigenen Land zu begegnen, fehle es an staatlicher Unterstützung. So jedenfalls die verkürzte Argumentation. Darin spiegelt sich einerseits die Unzufriedenheit mit der Abkehr vom jahrzehntelangen, von Pazifismus geprägten außenpolitischen Kurs Deutschlands wider. Andererseits wird erkennbar, dass die Deutschen eine tief sitzende Angst vor sozialer Kälte und wachsender sozialer Ungerechtigkeit umtreibt. In Teilen der extremen Rechten und Linken rund um das Lager von Sahra Wagenknecht machte sich zudem starker Unmut gegenüber der Bundesregierung und ihrem Russland-Kurs breit.

1. Vgl. Dietmar Neuerer, Bundesinnenministerin warnt vor radikalen Protesten wegen hoher Energiepreise, 16. Juli 2022, abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gaskrise-bundesinnenministerin-warnt-vor-radikalen-protesten-wegen-hoher-energiepreise/28509956.html>

2. RND, Baerbock fürchtet Unruhen: „Dann können wir überhaupt keine Unterstützung für die Ukraine mehr leisten“, 10. Juli 2022, abrufbar unter: <https://www.rnd.de/politik/annalena-baerbock-bei-rnd-vor-ort-kritik-an-kretschmers-ukraine-forderungen-LCS7M3YG-WZAIZE65WH5NZB62KA.html>

3. Statistisches Bundesamt (Destatis), Hohe Inflation führt im 3. Quartal 2022 zu Reallohnrückgang von 5,7 %, Pressemitteilung Nr. 413, 29. September 2022, abrufbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22\\_497\\_62321.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_497_62321.html)

4. ebd.

5. Hier vor allem das Bündnis „Solidarischer Herbst“, das am 22. Oktober nach eigenen Angaben 24.000 Menschen in Berlin, Düsseldorf, Dresden, Frankfurt a. M., Hannover und Stuttgart mobilisierte; <https://www.solidarischer-herbst.de/buendnis/>

Nach dem von der Bundesregierung verabschiedeten dritten Entlastungspaket und dem Tag der Deutschen Einheit, an dem in Mitteldeutschland noch gut 80.000 Menschen auf die Straße gingen, nahm die Protestdynamik spürbar ab und der „Heiße Herbst“ verwandelte sich in einen eher „lauwarmen Herbst“.<sup>6</sup>

Nachdem der „Heiße Herbst“ also zunächst vor allem in den Medien seinen Niederschlag fand, folgte kurz darauf sein medialer Abgesang. Dabei finden die Demonstrationen weiterhin statt. Während im Herbst 2022 auch sozialliberale Kräfte zu Protestkundgebungen mobilisierten, rufen seit Ende des Jahres nur noch Organisator:innen zu Protesten auf, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Bei den heutigen Montagsdemonstrant:innen in Ostdeutschland handelt es sich um die derzeit prominenteste Gruppe, die öffentlich ihren Unmut gegenüber den politischen Ereignissen und Entscheidungen äußert. Die Organisator:innen besitzen eine beachtliche Mobilisierungskraft und haben durchaus das Potenzial, Diskursen ihren Stempel aufzudrücken. Grund genug also, genauer hinzuschauen.

Das Ziel dieser Studie ist es nicht, das Handeln der Bundesregierung im Ukraine-Krieg und bei der Bewältigung der ökonomischen und sozialen Folgen zu bewerten. Das Anliegen ist es vielmehr, das Mobilisierungspotenzial abseits des klar rechtsradikalen Lagers, die gesellschaftspolitischen Perspektiven der Protestierenden und ihre Erwartungen an politische Akteur:innen besser zu erfassen. Dazu waren wir mit zwei Forschungsteams aus Dresden und Leipzig auf den Montagsdemos unterwegs und haben versucht genau zuzuhören, welche

Themen artikuliert wurden. Vor allem haben wir mit den Demonstrant:innen gesprochen und uns ihre Sicht der Dinge schildern lassen. Für Öffentlichkeit und alle Politiker:innen – kommunal bis Bund, Opposition wie Regierung – lohnt sich der Blick auf diese Menschen, wie sie denken, weshalb sie protestieren und welche Mittel sie dabei wählen. Dabei standen drei Aspekte im Fokus – Potenzial, Perspektiven und Politik:

- 1. Potenzial:** Um zu verstehen, wie groß das Mobilisierungspotenzial der Montagsdemos ist, interessieren uns vor allem jene Demonstrierenden, die nicht dem radikalen Kern zuzuordnen sind. Sind die Montagsdemos eine Anlaufstelle für jene Menschen, die noch nicht radikalisiert sind? Und haben sie das Potenzial, sich auszuweiten?
- 2. Perspektiven:** Hier schauen wir auf die Beurteilung der aktuellen politischen Lage aus Sicht der Demonstrierenden und worin sich ihr politischer Unmut manifestiert. Wie ist die Sichtweise dieser „Mitlaufenden“ auf die aktuelle politische Lage? Warum gehen sie regelmäßig auf die Straße?
- 3. Politik:** Und welche Erwartungen haben sie an die Politik? Welchen politischen Akteur:innen trauen sie zu, Lösungen für die aktuellen Herausforderungen zu finden? Daraus leiten wir drei Handlungsempfehlungen für die Politik ab, wie sie auf die Proteste reagieren kann.

Mit Erkenntnissen über Potenzial, Perspektiven und Politik der Montagsdemos versuchen wir Aufschluss darüber zu geben, wie die persönliche Meinungsbildung der Protestierenden vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und der davor liegenden Jahre, vor allem der Zeit der Corona-Pandemie, zu verstehen ist und was den Kern der Proteste ausmacht; also was die Protestierenden in ihrer Motivation eint. Dabei wird deutlich, dass die gestiegenen Energiepreise nur einer von vielen und nicht der dominante Auslöser für die Proteste sind.

6. Vgl. Nina Böckmann/Lucas Grothe, Ausbleibende Massenproteste: War es das mit dem „heißen Herbst“?, 29. November 2022, abrufbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/heisser-herbst-vorbei-wenig-teilnehmer-100.html>. Nahmen zu Beginn unserer Beobachtungen im November noch um die 2.600 Menschen in Chemnitz und 1.400 in Gera an den Protesten teil, schwanken die Januar-Demonstrationen in Chemnitz zwischen 650 und 800 und in Gera zwischen 500 und 700 Protestierenden (Angaben der Polizei).



Es lohnt sich hinzuschauen: Einem rechtsextremen Kern von Organisationen scheint es gelingen zu sein, die im Osten geschichtsträchtige Institution der Montagsdemonstration für eigene Zwecke zu vereinnahmen. Gleichzeitig gibt es derzeit keinen anderen, ähnlich regelmäßigen Demonstrationszyklus, der (auch) sozialpolitischen Protest zu kanalisieren vermag. Obwohl die Proteste derzeit keineswegs eine „Massenbewegung“ darstellen, bleiben sie aufgrund ihrer Konstanz relevant. Der Herbst hat gezeigt, wie schnell es gelingen kann, Protestdynamiken in Krisenzeiten zu entfachen. Zurückliegende Demonstrationserfahrung begünstigt neuen Protest. Damit bleibt die Rolle rechtsextremer Organisator:innen auch für künftige Krisen und Proteste bedeutsam und kann eine Bedrohung für die Demokratie darstellen, wenn sie nicht ernst genommen wird. Medien und Politiker:innen ist der Zugang zu den Protesten durch das ausgeprägte Misstrauen vieler Demonstrierender weitgehend versperrt.

Mit dieser Studie unternehmen wir den Versuch einer systematischen Untersuchung von Sichtweisen und Perspektiven der Montagsdemonstrant:innen auf der Grundlage von knapp 200 Interviews in Chemnitz und Gera. Methodik und Vorgehensweise folgen dem Ansatz, die Orte direkt aufzusuchen und den Menschen zuzuhören, die sich üblicherweise nicht unmittelbar in den politischen und öffentlichen Diskurs einbringen.<sup>7</sup>

7. Siehe auch Johannes Hillje, Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Studie in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich, Berlin 15. März 2018, abrufbar unter: <https://www.progressives-zentrum.org/publication/rueckkehr-zu-den-politisch-verlassenen/> und Paulina Fröhlich/Tom Mannewitz/Florian Ranft, Die Übergangenen. Strukturschwach & Erfahrungstark. Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation, Bonn 2022, abrufbar unter: <https://www.fes.de/studie-die-uebergangenen>

## 2. Methodik

Unsere Analyse des „Heißen Herbstes“ in Chemnitz und Gera fällt durch ein scheinbares Paradox auf: Menschen treten hier öffentlich für politische und gesellschaftliche Interessen mit dem klaren Ziel auf, (auch medial) Aufmerksamkeit zu erzeugen und mit ihren Botschaften gehört zu werden. Zugleich herrscht große Zurückhaltung, sich zu erklären und Fragen zu beantworten. Dieses Misstrauen richtet sich vor allem gegen Journalist:innen, betrifft mitunter aber auch den Wissenschaftsbereich.<sup>8</sup>

Unser Anspruch war daher von vornherein nicht auf Repräsentativität angelegt. Vielmehr wollten wir systematisch und wiederholt Stimmen aus dem gesamten Spektrum, insbesondere der „Mitlaufenden“ sammeln. Die „Mitlaufenden“ sind jene, die sich weder dem äußerem Anschein nach ideologischen Lagern noch durch eindeutige Redebeiträge oder Transparente politisch zuordnen lassen. Nur durch persönliche Befragung ist es nach unserer Auffassung möglich, Einblicke in Motivation, Sorgen, Wünsche und Lösungsansätze eben jener Protestierenden zu gewinnen, die Journalist:innen gegenüber schweigen und auch sonst wenig über ihre Haltungen preisgeben.

8. Dies stellt die Protestforschung bereits seit Pegida vor Probleme, siehe ausführlich die Beiträge in Aletta Diefenbach/Philipp Knopp/Piotr Kocyba/Sebastian Sommer (Hg.), Rechte Proteste erforschen. Erfahrungen und Reflexionen aus der qualitativen und quantitativen Forschung, Ipb Working Papers, Berlin 2021, S. 1–9, abrufbar unter: [https://www.sfb-affective-societies.de/en/teilprojekte/C/C04/pub\\_C04/diefenbach\\_knopp\\_2021/index.html](https://www.sfb-affective-societies.de/en/teilprojekte/C/C04/pub_C04/diefenbach_knopp_2021/index.html); Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller, Wer geht zu Pegida und warum? Eine empirische Untersuchung von Pegida-Demonstranten in Dresden. Dresden: ZVD, 2015.

Für unsere Interviews nutzten wir einen Leitfaden, der neben Fragen zur Herkunft (aus der Stadt, einem Vorort oder angereist?) und der Häufigkeit der Demonstrationsteilnahme vor allem offene Fragen enthielt: Was motiviert die Befragten, auf die Straße zu gehen? Was erwarten sie sich? Welche Lösungen sehen sie selbst und welchen Akteur:innen trauen sie zu, diese umzusetzen? Wir haben keine soziodemographischen Daten erhoben, da wir mit angespannten Interviewsituationen und Ablehnung rechneten. Jedoch haben wir im Nachgang zu jedem Interview ein anonymisiertes Kurzprofil der Interviewten inklusive Geschlecht, Altersklasse und eventuell geäußelter Marker und Auffälligkeiten (etwa genannter Beruf oder Hinweis auf persönliche finanzielle Lage) erstellt.

Die Interviews in beiden Städten fanden im Vorfeld der Demonstrationen sowie während des Demonstrationszuges statt. Dabei waren an jedem Termin zwei bis drei Interviewende pro Stadt unterwegs. Unser Team bestand überwiegend aus Studierenden und Mitarbeiter:innen der TU Dresden.

Die meisten Fragenden haben eine ostdeutsche Sozialisation. Die Identifikation als Ostdeutsche (in Abgrenzung vom „Westen“) ist ein häufiges Identitätsmuster in den neuen Bundesländern<sup>9</sup>, gefühlte Ost-West-Gegensätze sind ein Motiv für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Demonstrant:innen. Durch fast ausschließlich ostdeutsche Interviewteams versuchten wir, nicht durch eine westdeutsch normierte Perspektive auf die ostdeutsche Protestkultur zu blicken.

9. Vgl. Jana Faus/Matthias Hartl/Kai Unzicker, 30 Jahre Deutsche Einheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland: Bertelsmann Stiftung (Hg.), Gütersloh, August 2020, abrufbar unter: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST\\_LW-Studie\\_30\\_Jahre\\_deutsche\\_Einheit\\_V03\\_2020-09-01.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST_LW-Studie_30_Jahre_deutsche_Einheit_V03_2020-09-01.pdf) und Raj Kollmorgen, Ostdeutsche Identität(en)?, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/506139/ostdeutsche-identitaet-en/>

Die Interviewenden stellten sich mit Namen vor und fragten, ob die angesprochenen Personen für ein Forschungsprojekt zu Bürgerprotesten bereit seien, anonym einige kurze Fragen zu beantworten. Oft mussten die Interviewenden zunächst dem Verdacht entgegen treten, für Medien zu arbeiten. Bei Nachfragen zu Zweck und Inhalt der Studie erhielten Interessierte einen Informationszettel mit weiterführenden Angaben.

Insgesamt führten wir im November 2022 und Januar 2023 an jeweils drei Montagen 195 Interviews (123 in Chemnitz und 72 in Gera, siehe Tabelle 1) mit 257 Personen. Zusätzlich notierten wir in Chemnitz 77 und in Gera 55 Absagen. Die qualitative und quantitative Auswertung der Interviews nahmen wir computergestützt mit MAXQDA vor. Dabei kodierten wir die inhaltlichen Fragen rein induktiv, das heißt, wir verzichteten darauf, erwartbare Narrative und Kategorien im Vorfeld festzulegen. Wir entwickelten diese vielmehr aus dem Material heraus.

**Tabelle 1**  
Übersicht der ausgefüllten Interviewbögen

Termin	Chemnitz	Gera	Gesamt
7.11.2022	17	10	27
14.11.2022	27	15	42
21.11.2022	22	20	42
09.01.2023	19	12	31
16.01.2023	18	7	25
23.01.2023	20	8	28
<b>Gesamt</b>	<b>123</b>	<b>72</b>	<b>195</b>

## 2.1 Untersuchungsorte: Chemnitz und Gera

### Kurzprofil Chemnitz, Sachsen

#### Warum Chemnitz?

Die drittgrößte sächsische Stadt Chemnitz ist eines der Zentren der Montagsproteste zum „Heißen Herbst“. Der Chemnitzer Stadtrat Martin Kohlmann (Pro Chemnitz) ist Gründungsvorsitzender der rechtsextremen Freien Sachsen, die sachsenweit bei den Demonstrationen zunächst gegen Corona, nun aus Anlass der Energiekrise stark präsent sind. Zudem ist die Stadt ein Zentrum der rechtsextremen Szene, was zuletzt bei den Ausschreitungen im August und September 2018 deutlich wurde und von wo aus auch der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) untertauchte.



#### Einwohner:innen

248.844 (2022)<sup>10</sup>

#### Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen/Landes-/Bundesvergleich (2020)

Chemnitz: 21.396 €/Sachsen: 21.538 €/Bund: 23.752 €<sup>11</sup>

#### Organisator:innen und Schlüsselakteur:innen der Montagsdemos November/Januar

- Bündnis „Chemnitz steht auf“ (entstanden aus Querdenkendenbewegung)
- Freie Sachsen

#### Demonstrationsgröße November 22/Januar 23 (Polizeiangaben)

07.11.2022 – ca. 2.600	
14.11.2022 – ca. 1.800	
21.11.2022 – ca. 1.060	
09.01.2023 – ca. 700	
16.01.2023 – ca. 650	
23.01.2023 – ca. 800	

#### Sichtbare Gruppen auf der Demo/Sprecher:innen auf dem Podiumswagen/Bühne

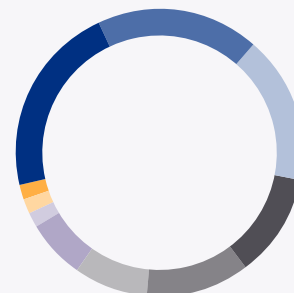
- Chemnitz steht auf
- Freie Sachsen
- AfD
- Identitäre Bewegung Chemnitz
- Russlandflaggen
- Friedensflaggen
- prominente Redner:innen: Andreas Kalbitz (ex-AfD „Flügel“)

#### Besonderheiten

Die Stadt weist eine lange Demonstrations- und Gegendemonstrationskultur auf (Pegida-Ableger seit 2015, Demonstrationen nach Tötungsdelikt und Ausschreitungen 2018). Während der aktuellen Montagsdemonstrationen gibt es allerdings keinen oder nur marginalen Gegenprotest linker Gruppen. Trotz der betonten Überparteilichkeit von „Chemnitz steht auf“ dominieren die rechtsextremen „Freien Sachsen“ das Demonstrationssbild.

#### Sitzverteilung im 7. Chemnitzer Stadtrat 2019 bis 2024:

	CDU	13
	AfD	11
	Linke	10
	SPD	7
	B90/Grüne	7
	ProChemnitz	5
	FDP	4
	Die Partei	1
	VOSI	1
	Piraten	1 <sup>12</sup>



10. Vgl. Chemnitz Stadtportrait, Chemnitz in Zahlen. Bevölkerung, 31. November 2022, abrufbar unter:

<https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/unsere-stadt/stadtportrait/zahlen-und-fakten/bevoelkerung.html>

11. Statistik Sachsen, Eckdaten für Sachsen. Verfügbares Einkommen, 10. Mai 2022, abrufbar unter:

[https://www.statistik.sachsen.de/html/verfuegbares-einkommen.html?\\_cp=%7B%22accordion-content-8293%22%3A%7B%220%22%3Atrue%2C%21%22%3Atrue%2C%22%22%3Atrue%7D%7D](https://www.statistik.sachsen.de/html/verfuegbares-einkommen.html?_cp=%7B%22accordion-content-8293%22%3A%7B%220%22%3Atrue%2C%21%22%3Atrue%2C%22%22%3Atrue%7D%7D)

12. Stadt Chemnitz, Sitzverteilung im Chemnitzer Stadtrat; abrufbar unter:

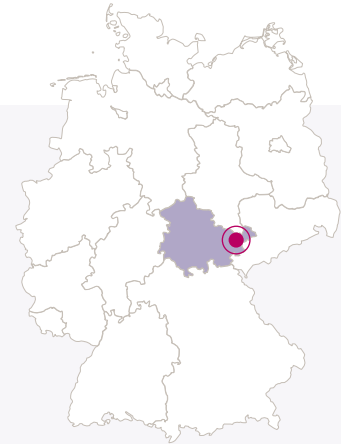
[https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/rathaus/wahlen/kommunalwahl/ergebnisse\\_stadtratswahl.html](https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/rathaus/wahlen/kommunalwahl/ergebnisse_stadtratswahl.html)



## Kurzprofil Gera, Thüringen

### Warum Gera?

Ostthüringen war ein regionaler Hotspot der montäglichen Proteste zum „Heißen Herbst“. Die Stadt Gera ist ein wichtiges Zentrum der Proteste und wurde bei einer Montags-Demo am 3.10.2022 zu einem bundesweit sichtbaren Zentrum der ostdeutschen Proteste gegen die Regierung (ca. 10.000 Teilnehmer). Maßgeblich mitgetragen wurde dieser Auftakt mit Symbolwirkung neben dem aktuellen Organisator Christian Klar von der AfD, auch von Björn Höcke als „Starredner“ ebenso wie von Martin Kohlmann (Pro-Chemnitz, Vorsitzender Freie Sachsen), der die Nähe zu den Freien Thüringern betonte.



### Einwohner:innen

95.142

### Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen/Landes-/Bundesvergleich (2020)

Gera: 21.538€/Thüringen: 20.945€/Bund: 23.752 €<sup>13</sup>

### Organisator:innen und Schlüsselakteur:innen der Montagsdemos November/Januar

- Christian Klar (Ex-Thüringer Heimatschutz, Ex-Thügida, etc.)
- Peter Schmidt (Unternehmer, „Miteinanderstadt Gera“, Ex-CDU-Landeswirtschaftsrat)

### Demonstrationsgröße November 22/Januar 23 (Polizeiangaben)

07.11.2022 – ca. 1.400	
14.11.2022 – ca. 1.500	
21.11.2022 – ca. 1.200	
09.01.2023 – ca. 670	
16.01.2023 – ca. 630	
23.01.2023 – ca. 470	

### Sichtbare Gruppen auf der Demo/Sprecher:innen auf dem Podiumswagen/Bühne

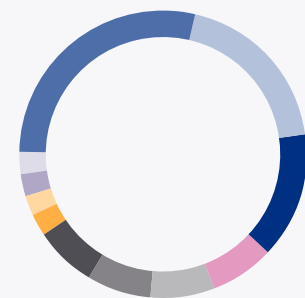
- Christian Klar
- „Miteinanderstadt Gera“, Peter Schmidt
- AfD
- Freie Thüringer/Freie Sachsen
- Russlandflaggen
- Friedensflaggen
- prominente Redner:innen: André Poggenburg (ex-AfD „Flügel“, 7.11.22)

### Besonderheiten

Die aktuellen Organisatoren haben gute Kontakte zur AfD und anderen rechtsextremen Gruppen wie Freie Sachsen/Thüringer. Spendensammlungen des Unternehmers Peter Schmidt (auch auf den Demos thematisiert) wurden von den Begünstigten zurückgewiesen. Die Proteste richten sich neben bundespolitischen Themen stark gegen den parteilosen Bürgermeister der Stadt Gera. Gegenprotest linker Organisationen findet ebenfalls kaum statt. Zum Teil versuchten andere Akteure Protest gegen die Regierung in dezidiert Abgrenzung von den Organisatoren der Montagsdemos zu organisieren (Kreishandwerkerschaft).

### Sitzverteilung im Stadtrat von Gera 2019–2024:

AfD	12
Linke	8
CDU	6
Bürgerschaft Gera	3
Für Gera	3
B90/Grüne	3
SPD	3
Freie Wähler	1
Liberale Allianz	1
FDP	1
Die Partei	1 <sup>14</sup>



13. Thüringer Landesamt für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner nach Kreisen in Thüringen, November 2021, abrufbar unter: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kz002022%7C%7C>

14. Gera, Der Stadtrat nach Parteien/Wählervereinigungen, 01. Juni 2019, abrufbar unter: <https://www.gera.de/sixcms/detail.php?id=17532>

## 2.2 Gesprächspartner:innen

### Wen wollten wir sprechen?

Für unser Erkenntnisinteresse war wichtig, nicht nur den ideologisch „harten Kern“ der Bewegung um die Organisator:innen zu betrachten, sondern Informationen über jene und von jenen Menschen zu gewinnen, die „mitlaufen“ und eventuell die neue Dynamik der Montagsspaziergänge im Herbst 2022 erklären könnten. Dazu suchten wir hauptsächlich den Kontakt zu Personen, die nicht durch radikale Protestbanner und Symbole auffielen. Auf den Demonstrationen waren Teilnehmende aller Altersklassen und sozialen Milieus vertreten, wenngleich Ältere und Männer in der Mehrzahl waren. Ziel war es, Stimmen von Personen verschiedener sozialer und Altersschichten einzusammeln und auch die teilnehmenden Frauen angemessen abzubilden. Dabei zeigten sich während der Besuche bei den Demonstrationen drei vorherrschende Reaktionsmuster auf unsere Annäherung: Gruppen, die sich prinzipiell weigerten, mit Fragesteller:innen zu sprechen; jene, die distanziert und vorsichtig antworteten; es gab aber auch eine große Gruppe

von Menschen, die sich ausdrücklich freuten, einmal ihre Meinung mitteilen zu können.

### Wer hat mit uns gesprochen?

Auch wenn Berufsgruppe und sozioökonomischer Hintergrund nicht explizit abgefragt wurden, gaben zahlreiche Gesprächspartner:innen ihren beruflichen Hintergrund preis. Unter den Befragten fanden sich (altersbedingt besonders zahlreich) Rentner:innen, aber auch (ehemalige) Pflegekräfte, Erzieher:innen und Handwerker:innen sowie Selbstständige. Hinweise auf Armutsgefährdung durch Preissteigerungen (18 Prozent) und auf solide finanzielle Situationen (20 Prozent) hielten sich die Waage.

### Wer hat nicht mit uns gesprochen?

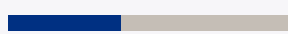

Für Absagen kann es mehrere Gründe geben. Misstrauen ist eine Möglichkeit, die mitunter auch verbalisiert wurde. Doch auch das Interesse, sich weiter mit anderen Demonstrierenden zu unterhalten oder ungestört im Zug zu laufen, waren mögliche Gründe. Systematisch hingegen waren – insbesondere in Chemnitz – Absagen von Personen, die optisch den organisierenden oder radikaleren Vereinigungen angehörten. Mitglieder oder Symbolträger der Freien Sachsen waren fast nie zu Interviews bereit, Mitglieder des Bündnis „Chemnitz steht auf“ verwiesen regelmäßig auf die Möglichkeit, Presseanfragen an die Website zu senden.<sup>15</sup> Diese wollten wir befragen, gerade im Vergleich zu den übrigen Demonstrant:innen.

Für die Freien Sachsen und Thüringer, die auch bei den Geraer Demonstrationen aktiv sind, galt dies ebenso. Dadurch, dass besonders radikale, stark im Demonstrationenbild wie auch in der Organisation der „Spaziergänge“ präsenste Akteur:innen kaum befragt werden konnten, wird deren Diskurs und Motivationslage in unserer Studie nicht abgebildet.

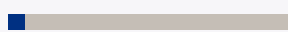
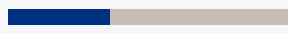

### Tabelle 2

#### Wer spricht mit uns? Merkmale von Demonstrierenden


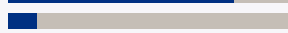
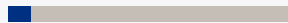
##### Geschlecht

weiblich	40 %	
männlich	67 %	

##### Alter

unter 30	6 %	
30-50	36 %	
über 50	59 %	

##### Wohnort

Demonstrationsort	80 %	
Aus dem Umland	10 %	
zugereist	8 %	

(Prozent der Interviews, über 100 Prozent durch Interviews, in denen Männer und Frauen gleichzeitig interviewt worden)

15. Eine Anfrage des Projektteams bei den Freien Sachsen per Mail blieb bis zur Fertigstellung des Studientextes unbeantwortet.

## 2.3 Selbstbild der Befragten

Das wichtigste Identitätselement derjenigen, die mit uns gesprochen haben, ist die politische Verortung. Die meisten lehnen die Zuschreibung „rechtsextrem“ ab – und dies, obwohl wir nicht explizit nach politischen Einstellungen gefragt haben. Der Vorwurf, zumindest mit Rechtsextremen gemeinsam zu demonstrieren, wird von allen wahrgenommen und kritisch interpretiert. Man will kein „Nazi“ sein. Entweder wird die Gegenwart von Rechtsextremen verharmlost („*Es gibt hier jede Woche 2.000 Teilnehmer; davon vielleicht 200 Extreme. Wir sind keine Nazis. Idioten gibt es überall.*“)<sup>16</sup> oder gänzlich negiert („*Die Leute hier sind nicht rechts, schauen Sie sich mal um.*“).

Häufig wird auch damit argumentiert, dass dieselben Anliegen früher von den Linken, heute von den Rechten vertreten würden und man nur aus eigener Überzeugung mitlaufe: „*Ich bin selber Links, war früher Antifa. Aber heute organisieren die halt hier [u.a. Freies Thüringen] etwas gegen die Zustände. Da schließe ich mich an.*“ Einige Interviewte beschreiben sich als rechts, aber nicht rechtsradikal, andere lehnen die Zuordnung „rechts“ komplett ab. Die Zuschreibung durch Dritte reizt die Befragten offenkundig, sie sprechen von „Abstempelung“ und davon, „gecancelt“ zu sein, nur weil sie ihre Meinung sagen würden. Oft wird Ärger darüber artikuliert, dass die Medien die Proteste falsch darstellten und alle „in die rechte Ecke“ stellten.

Viele der Befragten erwähnen ihr Deutschsein („Wir Deutsche...“), was offenkundig einen wichtigen Identifikationspunkt darstellt. Zudem identifiziert sich ein Großteil der Gesprächsteilnehmer:innen explizit als ostdeutsch; in gut zwölf Prozent aller Interviews werden Ost-West-Gegensätze oder spezifisch ostdeutsche Erfahrungen als motivierendes Element zur Demonstrationsteilnahme betont. Viele reihen sich auch als ehemalige DDR-Bürger:innen ein. Aus dieser biografischen Zuordnung werden zwei Ableitungen getroffen. Erstens begründet sich dadurch eine Nähe zu und ein Verständnis für Russland. Dabei geht es nicht nur um „Russlandliebe“: Einige Befragte weisen auf die noch immer bestehende Vernetzung der ostdeutschen Wirtschaft mit Russland hin – den Osten trafen Sanktionen deswegen härter. Oder man kenne Russland und wisse daher, wozu Putin fähig sei. Zweitens gehe damit ein besonders feines Gespür für Ungerechtigkeit und Machtmissbrauch einher, eine höhere Fähigkeit zur Systemkritik – vereinzelt wird auch die Tradition der Montagsdemos während der friedlichen Revolution 1989 bemüht. Zu den ostdeutschen „Besonderheiten“ gehört aber auch die allgemeine Betonung fortbestehender Ost-West-Gegensätze inklusive eigener Enttäuschungen über den Stand der Wiedervereinigung (etwa Lohn-/Rentenunterschiede). Damit scheint unsere Studie die bestehende Forschung zum Ost-West-Gegensatz zu bestätigen: Unter Ostdeutschen gibt es unterhalb der Selbst-Zuordnung als bundesdeutsche Bürger eine ostdeutsche Identität (auch unter vielen jungen Ostdeutschen). Diese fehlt westdeutschen Bürger:innen: Für sie ist die Wiedervereinigung abgeschlossen, sie sehen – anders als viele Ostdeutsche – keine Unterschiede zwischen den Landesteilen.<sup>17</sup>

16. Wenn nicht anders gekennzeichnet, stammen die Zitate im Fließtext aus den Rohdaten der Interviews.

17 siehe z. B. ausführlich Jana Faus/Matthias Hartl/Kai Unzicker, 30 Jahre Deutsche Einheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.), Gütersloh August 2020, abrufbar unter: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST\\_LW-Studie\\_30\\_Jahre\\_deutsche\\_Einheit\\_V03\\_2020-09-01.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST_LW-Studie_30_Jahre_deutsche_Einheit_V03_2020-09-01.pdf)

## 3. Ergebnisse

### 3.1 Ich bin schon seit Jahren hier – Teilnahmemotivation

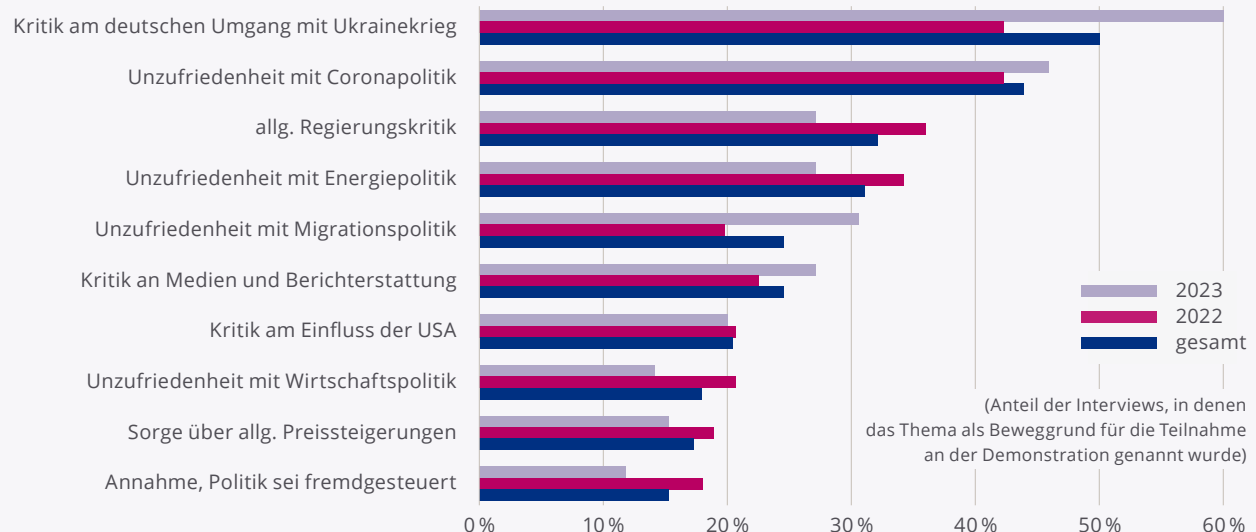
Die meisten Protestierenden sind geübte Montagsdemonstrant:innen. Viele von ihnen gehen seit Jahren regelmäßig montags auf die Straße (mehr als 55 Prozent der Befragten). Ursprünglich mobilisiert durch die Coronapolitik oder anderen Themen beruhen Unmut, Sorgen und Zorn heute auf sehr unterschiedlichen Gründen. Kaum eine:r nennt einzig die steigenden Energiekosten und stellt damit einen Bezug zum befürchteten „Heißen Herbst“ her. Zwar verweisen Befragte auch auf die Inflation, jedoch ist sie nicht der Hauptgrund für eine Teilnahme, auch nicht für Erstteilnehmer. Die Erfahrung des Protestierens ist auch daran zu erkennen, dass sich die Teilnehmer:innen wohlfühlen, auskennen und Freundschaften geknüpft haben: die Montagsdemo ist ein sozialer Ort für sie. Viele erhoffen sich, mit ihrer Teilnahme am Protest andere zu motivieren, es ihnen

gleichzutun. Sie hoffen auf eine wachsende Teilnehmerzahl und damit „nicht mehr ignoriert“ zu werden und bei den politischen Entscheider:innen Gehör zu finden. So soll der wachsende Unmut auf der Straße letztlich unerwünschte politische Entscheidungen verhindern oder abmildern. Nicht wenige haben zwar resigniert (24 Prozent), wollen aber trotzdem lieber teilnehmen und so zumindest ein Zeichen setzen als „nichts zu tun“. Nachstehend listen wir die zehn am häufigsten genannten Motive zur Teilnahme an den Demonstrationen auf. Diese korrespondieren mit vier inhaltlichen Deutungsmustern zu Demokratie, Außenpolitik, Wohlstand und Wirtschaft.

#### 3.1.1. Corona und Demokratie – gegen das System

Die Coronapolitik der Bundesregierung fand bei der Mehrheit der Befragten immer wieder Erwähnung. Viele gaben an, sich während der Hochzeit der Pandemie erstmals den Protesten angeschlossen zu haben (48 Prozent der Interviews). Die Gründe sind vielfältig und reichen von Klagen über Grundrechtseinschränkungen über vermeintlich verheimlichte Nebenwirkungen der Impfung bis hin zu dem Vorwurf, die Pandemie sei genutzt worden, um

**Abb. 1: Die zehn häufigsten Beweggründe für die Demonstrationsteilnahme**  
(Mehrfachnennung)



staatliche Gelder zu verschwenden. Stellenweise gab es auch Kommentare, die an Verschwörungsmythen erinnern (Corona als Staatsstreich). Formulierungen wie „Schwindel“ oder „Lüge“ sind gang und gäbe. Dabei tritt ein tief sitzendes Misstrauen gegenüber den politischen Akteur:innen zutage. Die Coronapolitik habe bestätigt, was bereits vermutet wurde: Die Regierenden wollten die Bevölkerung beherrschen, steuern und einschränken. Viele Teilnehmende begründen ihren Unmut auch in persönlichen Ausgrenzungserfahrungen: *„Ich bin hier, weil ich mit der Spaltung durch Corona nicht einverstanden bin. Ich mache eine Ausbildung zum Physiotherapeuten und fühle mich da jede Woche ausgegrenzt, weil ich nicht geimpft bin.“*

Die verhinderte Impfpflicht wird als direkter Erfolg der Montagsdemonstrant:innen gewertet, was viele motiviert, ihre Teilnahme zu wiederholen: *„Also eins haben wir ja schon erfolgreich erreicht mit den Demos: Dass es keine Impfpflicht gab, da der Bundestag dagegen entschieden hat.“* Besonders in den Interviews im Januar 2023 wechselt der Fokus der Forderungen von der Aussetzung der Einschränkungen (zum Beispiel Maskenpflicht im ÖPNV) zu einer „ordentlichen Aufarbeitung“ der angeblich demokratischen und gesundheitlichen Verfehlungen. Die verantwortlichen Politiker:innen sollen zur Rechenschaft gezogen werden, forderten viele Befragte.

Die große Mehrheit der Befragten ist überzeugt, für die Rettung der Demokratie auf die Straße zu gehen und sieht sich mit einem positiven Auftrag ausgestattet. Während einige meinen, dass die Bundesrepublik keine Demokratie mehr sei, sondern eine Diktatur, sorgen sich andere eher um einen Trend, der sich in der Einschränkung der Meinungs- oder Versammlungsfreiheit niederschlägt. Ein auffällig häufig genanntes Beispiel für angeblich undemokratische Verhältnisse ist der Rücktritt des Thüringer Eintages-Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP), der sich zunächst mit Hilfe der Stimmen der AfD hatte wählen lassen, dann auf politischen Druck

hin aber zurücktrat. Den Parteien wird als Organisationsform tendenziell misstraut, während das Parlament im Sinne eines Repräsentant:innenhauses als grundsätzlich sinnvoll betrachtet wird. Hier wird ein Demokratieverständnis deutlich, das jede vermittelnde Institution zwischen Bürger:in und Repräsentant:in mit Argwohn betrachtet. Gewählte Repräsentant:innen haben den direkten „Volkswillen“ umzusetzen, so das Verständnis vieler Demo-Teilnehmer:innen. Entsprechend fällt das Urteil über die amtierenden Parlamentarier:innen aus: *„Das sind keine Menschen, die uns vertreten, keine Volksvertreter.“* Der „Volkswille“ werde am unmittelbarsten über Volksentscheide erhoben. Mehr direkte Demokratie ist der in Bezug auf die Innenpolitik insgesamt am häufigsten geäußerte Lösungsvorschlag (14 Prozent aller Interviews) und rangiert bei dieser Frage knapp vor der Forderung nach einem Regierungswechsel oder -rücktritt (13 Prozent). Das Bild des idealen Volksvertreters ist ein absolut integres, im Gegensatz zum verbreiteten Typus des angeblich korrupten, kalten Politikers: *„Wir brauchen Menschen, die nicht nur aufs Geld schauen, sondern für das Volk aus dem Herzen entscheiden.“*

**Das Parteiensystem muss komplett abgeschafft werden. Ja, das Parlament sollte doch erhalten bleiben, nur es sollte wirklich für das eigene Volk arbeiten und entscheiden. Es sollte einfach nicht immer nur nach Parteibuch abgestimmt werden. Die Sahra Wagenknecht, die macht das ja nicht und naja, deshalb ist sie ja auch in ihrer Partei nicht mehr sehr angesehen. Aber dieser Fraktionszwang, das muss weg.**

Gera, 09.01.2023



Ob direkt oder indirekt, viele Gesprächspartner:innen sprechen von einem „Systemwechsel“, den es benötige. Wenige glauben, dass ein neuer politischer Kopf oder eine bestimmte Partei die angeblich undemokratischen Zustände richten könnte. **„Es bräuchte eine Revolution für Veränderung, aber dafür laufen hier zu wenige.“** Viele verweisen auf ihre DDR-Vergangenheit, um ihr vermeintlich ausgeprägtes Gespür für undemokratische, unfreie Verhältnisse zu rechtfertigen: **„Momentan läuft etwas extrem schief. Ich bin ein ehemaliger DDR-Bürger. Ich habe dafür ein Gespür.“**

### 3.1.2 Krieg und Außenpolitik – Ablehnung und Russlandverständnis

Der Krieg in Europa wird ebenso häufig als Grund für die Teilnahme an den Demonstrationen genannt wie Corona. Aufgrund der Interviews lassen sich drei Hauptargumentationslinien erkennen: Die Sorge vor einer deutschen Kriegseteiligung, eine eher grundlegende Ablehnung der USA und letztlich eine Menge Verständnis für Russland.

Viele der Protestierenden sehen sich selbst als eine Minderheit von Friedensbotschafter:innen unter lauter Kriegstreibenden. „Wir wollen keinen Krieg.“, ist eine häufige Aussage, die von dem Verständnis ausgeht, dass ein diplomatischer Kurs, der auf Annäherung mit Putin-Russland setzt, zu einer friedlichen Lösung in der Ukraine beitragen könne. Ein „diplomatisches Ende“ wird als realistisch und sofort umsetzbar bewertet, wenn denn die Verantwortlichen „nur wollen würden“. Insbesondere die Sanktionen und Waffenlieferungen werden als fatale Fehler betrachtet, weil sie den Krieg verlängerten (**„Soll es wieder einen 30-jährigen Krieg geben?“**). Außerdem wurde immer wieder Unmut über die Kosten artikuliert: **„Das ist nicht unser Krieg, und trotzdem sollen wir ihn bezahlen.“** Vereinzelt drückt sich die Angst vor einer unmittelbaren Kriegseteiligung in der Sorge aus, dass die eigenen Söhne einberufen werden könnten. In den Interviews im Januar 2023 wird wiederholt Verärgerung über die Entscheidung

des Bundeskanzlers deutlich, Leopard II-Panzer zu liefern. Deutlich wird hier die Angst der Interviewten, die Panzerlieferungen könnten einen Kriegseintritt Deutschlands nach sich ziehen. Sie waren auch zuvor schon unpopulär – im Januar 2023 werden Waffenlieferungen an die Ukraine in jedem dritten Interview explizit abgelehnt.

„Ami, go home“ ist ein weit verbreiteter Slogan der Protestmärsche: Die antiamerikanische Haltung ist durchweg präsent. Deutschland wird zum Teil direkt die Souveränität abgesprochen und in der Abhängigkeit von den USA (als „Strippenzieher“) und ihrer militärischen Präsenz begründet: **„Deutschland ist nicht souverän. Gibt es einen Friedensvertrag oder nicht? Warum sind die Amis noch hier?“** Die US-Amerikaner werden als eigentliches, außenpolitisches Feindbild betrachtet. Sie seien ein Akteur ohne gute Absichten und spielten sich als „Weltpolizei“ auf. Damit destabilisierten sie die globale Ordnung. Westdeutschland habe sich amerikanisieren lassen. Weitere Verschwörungserzählungen, wie dass die USA die Nord Stream 2-Pipeline sabotiert hätten, werden selbstsicher geteilt. In gewisser Weise wird der Bundesregierung unterstellt, den russischen Angriff aufgrund einer falschen Loyalität gegenüber den USA zu verurteilen: **„USA zieht Deutschland in den Strudel.“**

**Ein Hund, der bedrängt wird,  
beißt eben auch irgendwann.**

**Chemnitz, 26.01.2023**

Letztlich zeigen viele Befragte Verständnis für das russische Vorgehen: **„Ein Hund, der bedrängt wird, beißt eben auch irgendwann.“** Vielfach wird in den Interviews die Meinung wiedergegeben, die Nato-Osterweiterung sei unrechtmäßig erfolgt. Nahezu sämtliche Interviewpartner:innen teilten die Einschätzung, dass es keine Zukunft ohne Russland gebe und daher so schnell wie möglich freundschaftliche

Beziehungen herzustellen seien. Ostdeutschland wird dabei als abhängiger von Russland beschrieben als der Westen: *„Man muss mit Russland wieder zusammenarbeiten. Das ist aber bei uns im Osten halt auch noch einmal anders. Wir hatten früher schon gute Verbindungen nach Russland und der Mittelstand im Osten ist da viel vernetzter und anfälliger.“* Die Befragten wirken nicht „russlandverliebt“, also blindlings unterstützend oder verherrlichend; sie verstehen sich aufgrund ihrer politischen und kulturellen Sozialisation im Osten eher als „Russland-versteher“. Russland wird als schier unbezwingbar dargestellt: *„Die Russen haben ein unglaubliches Nationalbewusstsein, die gehen so schnell nicht in die Knie. Das ist hier in Deutschland ja anders.“*

Dabei ist die Skepsis gegenüber dem Bündnispartner USA keine Besonderheit der Montagsdemonstrant:innen. Traditionell ist in Ostdeutschland die Zurückhaltung gegenüber den USA größer als im Westen der Republik. Daran hat sich in der Krise nichts geändert. Während im Westen aktuell die Hälfte der Bevölkerung die USA für einen verlässlichen Bündnispartner hält, sind es im Osten lediglich 26 Prozent.<sup>18</sup> In beiden Landesteilen gilt Russland aktuell mit Abstand als die größte Bedrohung für den Weltfrieden, der Wert liegt jedoch im Osten abermals niedriger (84 Prozent im Westen, 73 Prozent im Osten).<sup>19</sup> Bei der Zustimmung zur Lieferung von Kampfpanzern in die Ukraine gibt es ähnliche Ost-West-Unterschiede: Im Januar 2023 war eine Mehrheit der Westdeutschen für die Lieferungen, eine Mehrheit der Ostdeutschen aber dagegen.<sup>20</sup>

### 3.1.3 Wohlstand und die nächste Generation

Die Interviewten sind nicht einfach als zornige Gruppe zu verstehen, die grundsätzlich gegen irgendetwas demonstriert. Auch wenn Abgrenzung und Ablehnung die Hauptmotivationen sind, findet sich durchaus auch das positive Selbstverständnis, „für“ etwas auf die Straße zu gehen. So ist folgende Aussage symptomatisch für zwölf Prozent der Teilnehmenden: *„Als Vertreter der älteren Generation gehe ich für die jüngere Generation bei Wind und Wetter auf die Straße.“* Auf die Frage, weshalb der Einsatz für jüngere und Zukünftige wichtig sei, tut sich eine Vielfalt an Erklärungen auf: Impfschäden, Kriegsbeteiligung, Diktatur, am häufigsten jedoch die Furcht vor Wirtschaftseinbußen. Die Russlandsanktionen würden in erster Linie unserer Ökonomie schaden, der Mittelstand werde im Kielwasser der Inflation völlig vernachlässigt. Hilfszahlungen ans Ausland seien ungerechtfertigt und die Windkraftpolitik der Grünen raube der deutschen Industrie ihr Fundament. Besonders auffällig ist bei der Begründung für die Teilnahme an den Demonstrationen der zweite Teil: Die Regierung kümmere sich zu häufig um andere, für Deutsche bliebe nichts mehr übrig. So wohnt den Erläuterungen oft ein rechtspopulistisches Narrativ inne, das die Gesellschaft in zwei homogene Gruppen teilt („Die Deutschen“ und „Die Anderen“), von denen nur Ersterer ein Anrecht auf Unterstützung besitzen. Zumindest, so empfinden es viele der Befragten, sollten „die Deutschen“ bevorzugt werden. Es werden Falschinformationen, verkürzte Botschaften und auch rassistische Aussagen transportiert: *„Deutschland für die Deutschen. Ich hab' nichts gegen Ausländer, aber die bekommen immer alles geschenkt.“* Ein häufiger Versuch, die angeblich schlechte deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik zu belegen, arbeitet mit der Argumentation, dass Deutschland Zahlungen ins Ausland überweise, während es in der Gesundheitsbranche an Personal und Leistungen mangle.

18 Vgl., RND, Umfrage: USA-Skepsis vermehrt in Ostdeutschland, 07. Februar 2023, abrufbar unter: <https://www.rnd.de/politik/vertrauen-in-usa-in-westdeutschland-groesser-in-ostdeutschland-vermehrt-skepsis-52OIXTYAURGL3CP62DMMG4WST4.html>

19 Vgl. ebd.

20 Vgl. infratest dimap, Lieferung von Leopard-Kampfpanzern umstritten, 18. Januar 2023, abrufbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/lieferung-von-leopard-kampfpanzern-umstritten>

**Ich sehe das jeden Tag bei meiner Tochter, dass die's mal nicht so gut haben wird wie wir.**

Gera, 21.11.2022

Aussagen, die sich konkret auf die gestiegenen Preise beziehen (Sparen beim wöchentlichen Einkauf, notwendiger Verzicht, Angst vor unbezahlbaren Rechnungen etc.) kommen in 17 Prozent der Interviews vor: *„Ich mache mir große Sorgen, denn ich denke nicht, dass die Preise irgendwann wieder niedriger werden. Das wird ja nicht passieren.“* Seltener wird Mitgefühl für ärmere Menschen als Grund für die Teilnahme angegeben, aber es kommt auch vor: *„Mich frustriert die Gleichgültigkeit in der Politik gegenüber einfachen Menschen wie meinen Eltern, die Geringverdiener sind.“* Das folgende Zitat zeigt beispielhaft die Kombination der zwei Anliegen, in denen sich die Sorge um den Verlust an Wohlstand für die nächste Generation niederschlägt: *„Ich sehe das jeden Tag bei meiner Tochter, dass die's mal nicht so gut haben wird wie wir.“*

### 3.1.4 Zukunft heißt Wirtschaft – und die ist in Gefahr

Dass aus dem zunächst erwarteten „heißen“ ein eher „lauwarmer“ Herbst geworden ist, zeigt sich auch darin, dass die Energiepreise zwar ein bedeutender, aber nur einer von vielen Faktoren ist, die die Menschen zur Teilnahme an den Montagsdemos motivieren – aber bei weitem nicht der bestimmende. Was die Demonstrant:innen viel mehr umtreibt, sind Sorgen um die allgemeine Lage des Wirtschaftsstandorts Deutschland – auch infolge einer für verfehlt gehaltenen Energiepolitik. Knapp 20 Prozent der Befragten machen sich konkrete Sorgen um die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft. Weiter sind mehr als 30 Prozent der Interviewten mit dem Kurs der Bundesregierung nicht einverstanden, wovon viele angeben, dass sie insbesondere unzufrieden mit der wirtschaftspolitischen Ausrichtung seien.

In den Befragungen zeigt sich auch keine besondere Korrelation zwischen den hohen Energiekosten und den sozialen Folgen. Vielmehr wird das Deutungsmuster einer Trias aus Krieg, Angst vor den Energiekosten und Wohlstandseinbußen deutlich. Hier gibt es in den Augen der Befragten einen Zusammenhang zwischen einer verfehlten Außen-, Wirtschafts- und Energiepolitik der Bundesregierung in Folge des Ukrainekriegs und der Schwächung der deutschen Wirtschaft: *„Deutschland wird abgewirtschaftet – dagegen sind wir hier“* und *„Deutschland entwickelt sich zu einem Dritten-Welt-Land, zu einer Bananenrepublik“*.

Fehler in der Außen- und Energiepolitik werden mit einem angeblich aggressiven und kriegstreiberischen Verhalten Deutschlands und den USA, sowie der Energieabhängigkeit von Russland begründet. *„Das alles hat nicht der Russe verursacht, sondern ist durch die Sanktionen gekommen. Die nützen niemandem was und schaden nur den Menschen hier in Deutschland.“* Der Westen wird von den Demonstrant:innen als Aggressor wahrgenommen, die Konfrontation mit Russland sei genauso wie die absehbar negativen Folgen für zukünftige Generationen und die Wirtschaft vermeidbar:

**Mir geht es persönlich gut, aber ich Sorge mich um die nachfolgenden Generationen, da mit einem rein grünen Stromangebot durch Windkraft und die Sanktionen gegen Russland kein Industriestandort aufrechterhalten werden kann.**

Chemnitz, 14.11.2022

Besonders der Mittelstand leide unter den Folgen der Politik der Bundesregierung und den gestiegenen Preisen: „Dass die Politik nicht daran denkt, dass es einen Mittelstand gibt! Der kommt so schlecht weg – Gaspreise, Mieten, Energie, Einzelhandel, einfach alles und überall.“ Zusätzlich sind viele Befragte der Meinung, dass der Ukraine-Krieg als „Klima-Killer“ wirke und es einen signifikanten Widerspruch zwischen der aktuellen Energiepolitik und den Klimazielen der Bundesregierung gebe.

### 3.2 Weidel und Wagenknecht als Paar für die Krise – Miss- und Zutrauen in Akteur:innen

Nach Akteur:innen gefragt, denen die Demonstrierenden Lösungen und Antworten auf die aktuellen Herausforderungen zutrauen (siehe Abbildung 4), sind drei Antwortmuster vorherrschend:

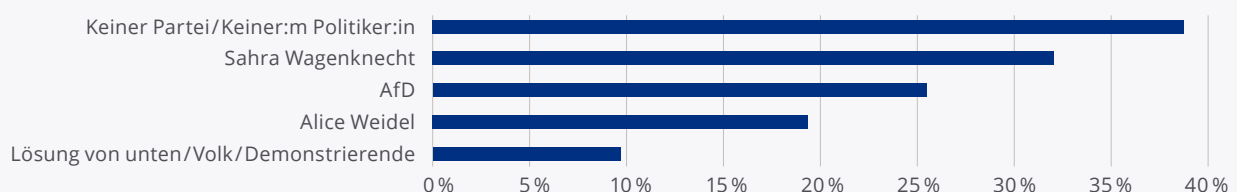
Genannt werden erstens immer wieder einzeln und sehr oft auch in Kombination zwei Protagonistinnen: Alice Weidel, Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, und Sahra Wagenknecht, umstrittene Leitfigur bei der Partei Die Linke. Beide werden als authentische und kompetente Politiker:innen wahrgenommen, die für ihre Positionen und Werte einstehen (und das gegebenenfalls auch unter Missachtung der Fraktionsdisziplin wie etwa im Fall Sahra Wagenknecht): „Sahra Wagenknecht und Alice Weidel! Den beiden Frauen traue ich Vieles zu.

*Den beiden vertraue ich, dass sie das Land sehr gut regieren könnten.“*

Auffällig ist zweitens bei der Frage nach Lösungen, dass trotz der Akzeptanz zahlreicher Positionen und Narrative der rechtspopulistischen AfD der Partei selbst im Allgemeinen nur bedingt eine Lösungskompetenz zugeschrieben wird: „Wir befinden uns in einer verfahrenen Kiste, die niemand mehr retten kann. Auch die AfD mit Mehrheit von 51 Prozent könnte Deutschland nicht retten“. Viele gaben zu verstehen, dass sie bei weitem nicht allen Forderungen der AfD zustimmen, manche sehen sie als das kleinere Übel, „was gewählt werden [muss]“, einigen wenigen ist sie nicht radikal genug: „AfD noch am besten, aber viel zu weich“, „die knicken ein“ bis hin zu „Wir brauchen extremere Parteien“. Die Freien Sachsen werden trotz ihrer starken optischen Präsenz zumindest bei den Chemnitzer Demonstrationen nur von sehr wenigen Befragten als Lösungsakteure ins Spiel gebracht (zwei Prozent) und von fast ebenso vielen Personen explizit nicht als „Problemlöser“ gewünscht.

Den Grünen wird überwiegend die Kompetenz zum Regieren abgesprochen. Die Partei im Allgemeinen und Außenministerin Annalena Baerbock im Speziellen sind vielmehr Kristallisationsfiguren für den Unmut der Befragten. Sie werden als weitgehend unfähig in ihrer Regierungsarbeit dargestellt: „Habeck drückt der Bevölkerung Energiepolitik auf, Baerbock den Ukrainekrieg“. Den Grünen wird ein Verrat an

**Abb. 2: Gibt es Akteure, denen Sie Lösungen zutrauen?**  
(Mehrfachnennung)



den eigenen Werten (Frieden) vorgeworfen. Annalena Baerbock wird in herablassenden Kommentaren mangelnde Bildung unterstellt. Zum Teil drückt sich dies auch in extrem abwertenden Kommentaren aus: *„Stopp mit grünem Verbrecherpack, das in Berlin gerade regiert – die wollen uns alles vorschreiben, aber wir lassen das nicht mit uns machen“*.

Auffällig im Vergleich zur Präsenz der Grünen in den Interviews ist die Ignoranz gegenüber Kanzler Olaf Scholz und den beiden Regierungsparteien SPD und FDP. Der Kanzler wird lediglich vereinzelt in Bezug auf die neuesten Panzerlieferungen genannt. Auch die ehemalige Verteidigungsministerin Christine Lambrecht findet keine Erwähnung. Anders als die Grünen werden weder SPD noch FDP oder eine andere Partei ähnlich für die angeblich fehlgeleitete Russlandpolitik verantwortlich gemacht. Zum Teil lässt sich das dadurch erklären, dass die Grünen vor dem Ukrainekrieg unter den Regierungsparteien am profiliertesten als Friedenspartei aufgetreten sind. Ihre „180-Grad-Wende“ hin zum angeblichen „Kriegstreiber“ ist für viele ein besonders sichtbarer Ausdruck des oft kritisierten Widerspruchs zwischen Wahlprogrammen und anschließend realer Politik.

Insgesamt ist gegenüber Parteien und Politiker:innen bei den Demonstrierenden ein ausgeprägtes Misstrauen und Verdruss zu beobachten (siehe Abbildung 4). Oft wird als Lösungsvorschlag der Wunsch nach „kompetenten Leuten“ in den Ämtern artikuliert. Berufserfahrung wird für wichtig gehalten und der derzeitigen politischen Klasse Unfähigkeit attestiert. Mit Wut und Häme werden nicht vorhandene Berufs- und Studienabschlüsse von Politiker:innen kommentiert. *„Es müssen Fachleute in die Regierung! Die müssen ausgebildet sein in ihrem Fach, wir brauchen Minister vom Fach! Das ist wichtig, wirklich. Und der Bundestag, viel zu groß. Über 700 Leute, das ist doch unsinnig – den sollte man auf 150 Personen reduzieren!“*

## 4. Einordnung und Empfehlungen

Die knapp 200 Interviews in Chemnitz und Gera zeichnen das Bild einer gefestigten Gruppe von Protestierenden, die das Potenzial, noch breiter zu mobilisieren, bereits mehrfach unter Beweis gestellt hat. Breit mobilisieren bedeutet hier sowohl eine erhebliche Teilnehmer:innenzahl (bis zu 10.000 Menschen in Gera etwa) auf die Straße zu bringen, als auch eine in Alter, Geschlecht und Motivlage eher heterogene Gruppe anzusprechen – über das gefestigte rechtsradikale Potenzial hinaus.

Die Demonstrant:innen kritisieren so gut wie alle Politikfelder der aktuellen Regierung. Die umfassende Regierungskritik ist das verbindende Element der verschiedenen Gruppen und Forderungen bei den Montagsdemos. In der Substanz lässt sich jedoch viel tiefer Wurzelndes als bloße Meinungsverschiedenheiten feststellen. Der Zorn vieler Protestierender zu einer Vielzahl von Themen basiert letztlich auf einem fundamental anderen Deutschlandbild sowie einem anderen Verständnis von Demokratie und Verantwortung. Das Deutschlandbild ist oft nationalistisch geprägt und verlangt einen „souveränen“ (im Sinne von gänzlich auf sich selbst orientiert) handelnden Staat. Demokratie soll möglichst direkt sein, jegliche Institutionen und repräsentativen Prozesse stehen dem im Wege. Viele Befragte sehen sich als die „wahren“ Demokrat:innen. Verantwortung trage Deutschland zuallererst für das Wohlergehen der Deutschen, nicht für das der Ukrainer:innen oder anderer Ausländer:innen. Aus dieser Perspektive kann nur Widerspruch zur geltenden Außen-, Wirtschafts-, Klima-, Innen- oder Sozialpolitik entstehen. Dieser Befund deckt sich mit den Beobachtungen und der These von Steffen Mau zum Deutsch-Sein in der ehemaligen DDR. Identität in der DDR war



durch und durch national geprägt. Zwar sei der Internationalismus Bestandteil der Propaganda der SED-Parteiführung gewesen, doch war man DDR-Deutscher und Teil des sozialistischen Projekts auf deutschem Boden.<sup>21</sup>

Diese Disparität zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Montagsdemonstrant:innen ist nicht irrelevant. Erstens, die dauerhaft Demonstrierenden haben regional eine hohe Bedeutung. Die Gruppe verfügt über einen ausgeprägten Regionalismus (etwa das Sächsisch-Sein) und ein eher tradiertes Verständnis der internationalen Beziehungen. Der Ost-West-Konflikt der Vorwendezeit zwischen den USA und der Sowjetunion ist noch sehr präsent und prägt den Blick auf Krieg und Wohlstand. Für die ostdeutschen Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Sommer und Herbst 2024 könnten die Organisator:innen der Demonstrationen durchaus eigene Themen setzen und Diskurse antidemokratisch prägen. Zweitens haben die Proteste dadurch, dass sie thematisch vielseitig und atmosphärisch zunächst friedlich wirken, das Potenzial, weitere Kreise anzusprechen – und zwar solche, die nicht bereits einem antidemokratischen Lager zuzurechnen sind. Gegenproteste bleiben ebenso rar wie der Zuspruch zu Sozialprotesten, die von gemäßigten Akteur:innen organisiert werden. Bleiben andere Protestarenen und -kanäle aber weiter verschlossen, bestärkt dies die radikalen Organisator:innen der Montagsproteste, als Sammelbecken für rechts- und linkspopulistische Positionen und Narrative, Sozialproteste und generelle Regierungskritik ihren Stempel aufzudrücken. Dies kann zur weiteren Normalisierung und Verbreitung von radikalen Einstellungen und Akteur:innen beitragen.

Im Folgenden fassen wir unsere Erkenntnisse über die Sichtweisen der Montagsdemonstrant:innen

in drei Thesen zusammen und fügen jeweils eine Handlungsempfehlung an:

### 1. KOMPROMISSE UND MULTILATERALISMUS ALS ZEICHEN DER SCHWÄCHE

Die Montagsdemonstrant:innen haben ein grundlegend anderes Demokratieverständnis als die Mehrheitsgesellschaft. Während zum demokratischen Wesenskern der Bundesrepublik Reibung und Gegenrede, Aushandlung und Kompromiss, Zweifel und Abwägung, sowie die Beachtung von Minderheiten und Interessengruppen gehört, sind all das in der Lesart der Demonstrant:innen Hemmnisse für eine „wahre Demokratie“. Dem Verständnis der Demonstrant:innen folgend, müsse „der Volkswille“ möglichst ungefiltert durch „Volksvertreter“ umgesetzt werden. Dieser sei am besten durch laufende Volksbefragungen, wenn nicht gar Volksabstimmungen zu erheben. Parteien, Fraktionen, Pressekommentare, Lobbygruppen und Aktivist:innengespräche – all diese demokratischen Prozesse und Formate bremsen nach ihrer Lesart den „wahren Willen des Volkes“ aus.



Jede öffentliche Abwägung, Erklärung für Zweifel oder Kompromisse vonseiten der Regierungspolitiker:innen kann daher nur als Zeichen der Schwäche oder als Beweis für eine mangelhafte Demokratie verstanden werden. Auch Multilateralismus, europäische oder transatlantische Bündnisarbeit schwächt in den Augen der Montagsdemonstrant:innen die souveränen Eigeninteressen der Deutschen.

<sup>21</sup> Siehe Steffen Mau, Lütten Klein – Leben in der Transformationsgesellschaft, Berlin 2020, S. 143–151.

Die Interviews geben viele Hinweise darauf, woher dieses Demokratieverständnis rührt. Es entspricht zum Teil wortgleich den Botschaften der AfD. Wenn die AfD die hauptsächliche Informationsquelle zur Interpretation des Zeitgeschehens darstellt, wenn sie gar die politische Bildung übernimmt, dann wundert es nicht, dass die Demonstrant:innen ein grundlegend anderes Verständnis haben und alles Politische aus diesem Blickwinkel bewerten. Hinzu kommt aber die Gefahr, dass die Mehrheitsgesellschaft als „westdeutsch“ wahrgenommen wird, wobei sich „die Ostdeutschen“ (ein Fünftel der Bundesrepublik) stets in der Minderheit fühlen. Auch wenn die regierungskritischen Montagsdemonstrationen auf eine systematisch höhere Unzufriedenheit in den neuen Bundesländern hinweist, kann dies für den gesellschaftlichen Zusammenhalt Deutschlands auch dann gefährlich werden, wenn es sich unter dem Strich und über das ganze Land betrachtet um Mindermeinungen handelt.<sup>22</sup>

### Politische Bildung:

#### Für ein liberales Demokratieverständnis werben

Für Parteien und Politiker:innen kann das nur bedeuten, dass deutlich mehr Engagement und Energie in die Vermittlung ihres grundlegenden Demokratieverständnisses fließen sollte. Warum sind Kompromisse nicht bloß legitim, sondern dienlich? Wieso ist Gegenrede und Aushandlung sinnvoll? Weshalb haben Interessengruppen, Expert:innen, Bürgerbeteiligung und Minderheitenschutz einen Platz in der liberalen Demokratie? Eine politische Bildung, die für die pluralistischen Werte einer offenen Gesellschaft wirbt und ihre Vorteile praktisch erläutert, ist an vielen Stellen gefordert: in der Schule, in der Ausbildung, am Arbeitsplatz, in den Medien, im Bürgergespräch. Darüber hinaus können auch langfristige, demokratiefördernde Institutionen, wie das Forum Recht, oder Vorhaben in den Regionen, die durch das neue Demokratiefördergesetz gestärkt werden, ihren Beitrag leisten.

## 2. ZEITENWENDE UND DOPPEL-WUMMS SIND KEINE REDE WERT

Bei knapp 200 Interviews ist nicht nur interessant zu analysieren, wer was gesagt hat. Von Belang ist genau so, was nicht gesagt wurde. So fällt bei einem breiten, gesellschaftspolitischen Themenspektrum mit einem Fokus auf Kriegsgeschehen sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik auf, dass kaum eine der sozialdemokratisch geführten Regierungsinitiativen zur Sprache kam: Zeitenwende und Doppel-Wumms. Weder bekommen die Sozialdemokrat:innen negative Aufmerksamkeit, wie die Grünen sie erfahren, noch scheinen sie oder ihre aufwändigen politischen Initiativen eine positive Rolle zu spielen. Auch die Entlastungspakete der Regierung finden in den geführten Gesprächen über Inflation, Energiepreise und allgemein steigende Lebenskosten kaum Erwähnung.

### Auf den Grund gehen

#### Was, wann, warum Resonanz findet

Spricht man mit Demonstrant:innen, ist davon auszugehen, dass sie kritisch mit Politik und Regierung ins Gericht gehen. Jedoch werden die Entlastungspakete der Regierung im Umfang von immerhin 135 Milliarden insgesamt überraschend selten thematisiert. Genau genommen wurden sie einmal genannt. D. h., auch als eigentlich erwartbares Ziel von Kritik, zum Beispiel als „ungenügend“, kommen sie kaum vor. Ob das daran liegt, dass die Demonstrierenden die Maßnahmen geringerschätzen, positiv oder im Großen und Ganzen als irrelevant bewerteten, vermögen wir nicht zu sagen. Es würde sich jedoch lohnen, dies genauer zu analysieren: Welche Maßnahmen finden keine oder mehr Resonanz? Und warum ist das so? Kommt die Kommunikation der Bundesregierung zu den Hilfen an? Und werden sie von der Bevölkerung als Entlastung wahrgenommen? Oder werden die staatlichen Maßnahmen einfach in Zeiten multipler Krisen und im Nachgang der Corona-Zeit vorausgesetzt? Gegebenenfalls könnte auch hierbei ein lokaler Ansatz helfen, um Protestierende und Politiker:innen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene mit Hilfe von neuen Beteiligungsformaten in den Austausch zu bringen.

<sup>22</sup> Siehe z. B. Rainer Faus/Tom Mannewitz/Simon Storcks/ Kai Unzicker/Erik Vollmann, *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien: eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2019, abrufbar unter: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher\\_Zusammenhalt/ST-LW\\_Studie\\_Schwindendes\\_Vertrauen\\_in\\_Politik\\_und\\_Parteien\\_2019.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher_Zusammenhalt/ST-LW_Studie_Schwindendes_Vertrauen_in_Politik_und_Parteien_2019.pdf)

### 3. KLIMASCHUTZ JA, GRÜNE NEIN: WOHLSTAND ALS ZUKUNFTSPRECHEN

Während die Grünen sowohl als Partei als auch als kulturalisierte Personengruppe das zentrale Feindbild im Inneren darstellen, stößt ihr Kernthema, der Umweltschutz, nicht so eindeutig auf Ablehnung. Einige Befragte räumen ein, dass sie Klima- oder Umweltschutz für sinnvoll halten, nur den Weg der Grünen ablehnen: *„Grüne Politik ist an sich nicht verkehrt. Sie wirkt derzeit aber eher wie Wunschdenken und ruiniert wichtige Wirtschaftssektoren. Die Braunkohle geht hopps. Für das Klima zu protestieren ist grundsätzlich in Ordnung, aber die derzeitige Protestkultur der Aktivisten funktioniert so nicht und ist zu disruptiv.“* Häufiger wird damit argumentiert, dass nachhaltig erzeugter Strom wie Windkraft oder Solarenergie schlicht nicht in der Lage seien, eine verlässliche Versorgung der deutschen Wirtschaft zu garantieren: *„Mir geht es persönlich gut, aber ich Sorge mich um die nachfolgenden Generationen, da mit einem rein grünen Stromangebot durch Windkraft und die Sanktionen gegen Russland kein Industriestandort aufrecht gehalten werden kann.“*

**Wir laufen für eine grüne Umwelt  
– also nicht im Sinne einer  
grünen Politik, sondern im Sinne  
einer gesunden Umwelt, die dann  
automatisch auch grün ist.**

Gera, 21.11.2022

Es scheint, als würden nicht die erneuerbaren Energien per se abgelehnt, sondern vielmehr der Plan als unrealistisch empfunden, fossile Brennstoffe rasch durch erneuerbare zu ersetzen: *„Außerdem braucht es eine vernünftige Energiepolitik. Mit Wind und Sonne allein wird das nichts, wenn man kein Gas hat und dann nachts der Strom weg ist.“* Der grünen Partei wird aus der Perspektive der Demonstrant:innen jegliche Wirtschaftskompetenz abgesprochen. Verblendet würden

ihre Vertreter:innen ein durchaus erstrebenswertes Ziel (Umweltschutz) verfolgen, dabei jedoch zerstörerisch agieren: *„Grüne arbeiten gegen das eigene Volk. Sie zerschlagen die Industrie. Energiepolitik funktioniert nicht mit Windrädern und Solarplatten.“* Außerdem steht der Vorwurf der radikalen Kehrtwende im Raum, ähnlich dem Kriegsnarrativ: Eine *„Regierung mit Fokus auf Fracking-Gas“* stehe im *„Widerspruch zu einer nachhaltigen Klimapolitik.“* Die zentrale Zukunftssorge dreht sich um die Wirtschaft und um Deutschland als Industriestandort, der als Garant für Wohlstand verstanden wird. Klimapolitische Maßnahmen, so sinnvoll sie für die Umwelt auch sein mögen, stünden diesem Versprechen schlichtweg im Weg. In diesem Widerspruch, Klimaschutz ja, aber nicht mit den Grünen und nur mit uns, spiegeln sich auch die individuellen Sorgen und Abstiegsängste jenes Teils der ostdeutschen Bevölkerung wider, die die 1990er-Jahre als Zeit des tiefen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs erlebt haben. Diese Jahre sind als Zeit der Fremdbestimmung von westdeutschen Eliten noch in Erinnerung und prägen nachhaltig das Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen und ihren Repräsentant:innen.

#### Fokus

auf die Machbarkeit der sozial-ökologischen Transformation richten

Besonders Parteien und Politiker:innen, die nicht per se und umfänglich als Feindbild angesehen werden, sollten ihren Zugang nutzen, um die Machbarkeit von sozialökologischen Maßnahmen im Zuge der Transformationspolitik zu erläutern. Ihre Erklärungen der Notwendigkeit der Transformation oder Vorschläge zu grundlegenden Möglichkeiten würden nicht auf die vielfach geäußerte Skepsis treffen. Der Aspekt der Wohlstandssicherung in der Transformationspolitik bedarf einer erkennbar anderen Kommunikation: Inwiefern profitieren Deutschland und seine Bürger:innen von den Maßnahmen? Wie steht es um die Energiesicherheit der Erneuerbaren? Es wäre falsch, bei dieser oder einer anderen Zielgruppe das „ob“ der Klimapolitik zu diskutieren, vielmehr gilt es, überzeugender in der Argumentation des „wie“ zu werden. Vielversprechend wäre aus unserer Sicht auch, insbesondere die Frage des „wie“ vor dem Hintergrund der ostdeutschen Erfahrungen mit Transformationsprozessen in den Prozess des Aufbaus des Zukunftszentrums Deutsche Einheit mitzudenken.

# Literaturverzeichnis

**Aletta Diefenbach/Philipp Knopp/Piotr Kocyba/Sebastian Sommer (Hg.)**, Rechte Proteste erforschen. Erfahrungen und Reflexionen aus der qualitativen und quantitativen Forschung, Ipb Working Papers, 1–10, Berlin 2021, S. 1–9, abrufbar unter: [https://www.sfb-affective-societies.de/en/teilprojekte/C/C04/pub\\_C04/diefenbach\\_knopp\\_2021/index.html](https://www.sfb-affective-societies.de/en/teilprojekte/C/C04/pub_C04/diefenbach_knopp_2021/index.html)

**Nina Böckmann/Lucas Grothe**, Ausbleibende Massenproteste: War es das mit dem „heißen Herbst“?, 29. November 2022, abrufbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/heisser-herbst-vorbei-wenig-teilnehmer-100.html>

**Chemnitz Stadtportrait**, Chemnitz in Zahlen. Bevölkerung, 31. November 2022, abrufbar unter: <https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/unsere-stadt/stadtportrait/zahlen-und-fakten/bevoelkerung.html>

**Jana Faus/Matthias Hartl/Kai Unzicker**, 30 Jahre Deutsche Einheit. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland. Bertelsmann Stiftung (Hg.), Gütersloh August 2020, abrufbar unter: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publicationen/GrauePublikationen/ST\\_LW-Studie\\_30\\_Jahre\\_deutsche\\_Einheit\\_V03\\_2020-09-01.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publicationen/GrauePublikationen/ST_LW-Studie_30_Jahre_deutsche_Einheit_V03_2020-09-01.pdf)

**Rainer Faus/Tom Mannewitz/Simon Storks/Kai Unzicker/Erik Vollmann**, Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien: eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2019, abrufbar unter: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher\\_Zusammenhalt/ST-LW\\_Studie\\_Schwindendes\\_Vertrauen\\_in\\_Politik\\_und\\_Parteien\\_2019.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher_Zusammenhalt/ST-LW_Studie_Schwindendes_Vertrauen_in_Politik_und_Parteien_2019.pdf)

**Paulina Fröhlich/Tom Mannewitz/Florian Ranft**, Die Übergangenen. Strukturschwach & Erfahrungsstark. Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation, Bonn 2022, abrufbar unter: <https://www.fes.de/studie-die-uebergangenen>

**Gera**, Der Stadtrat nach Parteien/Wählervereinigungen, 01. Juni 2019, abrufbar unter: <https://www.gera.de/sixcms/detail.php?id=17532>

**infratest dimap**, Lieferung von Leopard-Kampfpanzern umstritten, 18. Januar 2023, abrufbar unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/lieferung-von-leopard-kampfpanzern-umstritten>

**Johannes Hillje**, Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Studie in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich, Berlin 15. März 2018, abrufbar unter: <https://www.progressives-zentrum.org/publication/rueckkehr-zu-den-politisch-verlassenen/>

**Raj Kollmorgen**, Ostdeutsche Identität(en)?, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/506139/ostdeutsche-identitaet-en/>

**Steffen Mau**, Lütten Klein – Leben in der Transformationsgesellschaft, Berlin 2020

**Dietmar Neuerer**, Bundesinnenministerin warnt vor radikalen Protesten wegen hoher Energiepreise, 16. Juli 2022, abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gaskrise-bundesinnenministerin-warnt-vor-radikalen-protesten-wegen-hoher-energiepreise/28509956.html>

**RND**, Baerbock fürchtet Unruhen: „Dann können wir überhaupt keine Unterstützung für die Ukraine mehr leisten“, 10. Juli 2022, abrufbar unter: <https://www.rnd.de/politik/annalena-baerbock-bei-rnd-vor-ort-kritik-an-kretschmers-ukraine-forderungen-LCS7M3YGWZAIZE65WH5NZB62KA.html>

**RND**, Umfrage: USA-Skepsis vermehrt in Ostdeutschland, 07. Februar 2023, abrufbar unter: <https://www.rnd.de/politik/vertrauen-in-usa-in-westdeutschland-groesser-in-ostdeutschland-vermehrt-skepsis-52OIXTYAURGL3CP62DMMG4WST4.html>

**Stadt Chemnitz**, Sitzverteilung im Chemnitzer Stadtrat; abrufbar unter: [https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/rathaus/wahlen/kommunalwahl/ergebnisse\\_stadtratswahl.html](https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/rathaus/wahlen/kommunalwahl/ergebnisse_stadtratswahl.html)

**Statistik Sachsen**, Eckdaten für Sachsen. Verfügbares Einkommen, 10. Mai 2022, abrufbar unter: [https://www.statistik.sachsen.de/html/verfuegbares-einkommen.html?\\_cp=%7B%22accordion-content-8293%22%3A%7B%220%22%3Atrue%2C%221%22%3Atrue%2C%222%22%3Atrue%7D%7D](https://www.statistik.sachsen.de/html/verfuegbares-einkommen.html?_cp=%7B%22accordion-content-8293%22%3A%7B%220%22%3Atrue%2C%221%22%3Atrue%2C%222%22%3Atrue%7D%7D)

**Statistisches Bundesamt (Destatis)**, Hohe Inflation führt im 3. Quartal 2022 zu Reallohnrückgang von 5,7 %, Pressemitteilung Nr. 413, 29. September 2022, abrufbar unter: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22\\_497\\_62321.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_497_62321.html)

**Thüringer Landesamt für Statistik**, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner nach Kreisen in Thüringen, November 2021, abrufbar unter: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kz002022%7C%7C>

**Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller**, Wer geht zu Pegida und warum? Eine empirische Untersuchung von Pegida-Demonstranten in Dresden, Dresden 2015

## Autor:innen, Partner und Team

**Erik Vollmann**, wiss. Mitarbeiter, Professur für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden

**Dr. Florian Ranft**, Mitglied der Geschäftsleitung, Leitung „Green New Deal“ beim Progressiven Zentrum

**Paulina Fröhlich**, stellvertr. Geschäftsführerin, Leitung „Resiliente Demokratie“ beim Progressiven Zentrum

Partner

**Kai Unzicker**, Senior Project Manager, Demokratie und Zusammenhalt bei der Bertelsmann Stiftung

Team und Interviewer:innen

**Friedrich Opitz**, Koordination Gera und Interviewer (Programmdirektor Deutsch-Amerikanisches Institut Sachsen), **Matti Fraunholz**, **Eva Leipold**, **Sina Musfeldt**, **Christoph Friedrich Nostitz**, **André Thiele**, **Lena Thiessen**

### Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e. V., 2023  
Veröffentlicht im März 2023

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert  
c/o Das Progressive Zentrum e. V.  
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand: Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller, Joachim Knodt

Geschäftsführer: Dominic Schwickert

Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats:  
Prof. Dr. Anke Hassel

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)  
[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)

Lektorat: Horand Knaup  
Layout: Łukasz Czeladziński,  
basierend auf einem Design von Daniel Menzel  
Coverfoto: Friedrich Opitz

## Über uns

### DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

**Das Progressive Zentrum** ist ein unabhängiger und als gemeinnützig anerkannter Berliner Think Tank. Wir entwickeln und debattieren Ideen für den gesellschaftlichen Fortschritt – und bringen diejenigen zusammen, die sie in die Tat umsetzen. Unser Ziel als Think Tank: das Gelingen einer gerechten Transformation. Hierzu arbeiten wir unter anderem im Schwerpunkt „Resiliente Demokratie“. Wir sind überzeugt: Zur Zukunftsfähigkeit der liberalen Demokratie gehört es, angesichts neuer Herausforderungen dazuzulernen, Grundfesten zu verteidigen und sie kontinuierlich zu (re-)demokratisieren. Seit dem Jahr 2007 setzen wir mit unseren Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt.

## | BertelsmannStiftung

Mit ihren Projekten, Studien und Veranstaltungen regt **die Bertelsmann Stiftung** Debatten an und gibt Impulse für gesellschaftliche Veränderungen. Gemeinnützige Arbeit und nachhaltige Wirkung sind die Grundlagen ihres Handelns. Die Initiativen der Stiftung zeigen nicht nur Lösungen auf, sondern schaffen empirisch gestützte Orientierung in einer breiten Öffentlichkeit.





 DPZ\_Berlin

 Das Progressive Zentrum

 dpz\_berlin

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)